

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	6. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2021/006)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 27.04.2021
Sitzungsort:	Stadthalle, Kulturquadrat Ahaus, Wüllener Straße 18, 48683 Ahaus
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 22:52 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

CDU

Räckers, Michael, Dr.
Benölken, Franz
Blickmann, Michaela
Blisniewski, Jörg
Enning-Harmann, Frank
Hackfort, Bernhard
Hemsing, Klaus
Holters, Bernd
Kaiser, Alexander
Kappelhoff, Heinrich Josef
Lefering, Frank
Rudde, Christian
Terhaar, Johannes
Terhalle, Josef
Verweyen, Manfred
Vöcking, Stefan
Vortkamp, Thomas
Wantia, Beatrix
Wittenbrink, Johannes
Woltering, Maria

SPD

Dönnebrink, Andreas
Ahler, Diana
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus

Schulte, Andrea

UWG

Kersting, Hubert
Heijnk, Annegret
Ibing, Christoph
Lange, Hanne
Messelink, Gerrit
Niestegge, Ludwig
Schulte, Renate

anwesend ab 20:29 Uhr; TOP 4 öS

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar
Eing, Christopher
Löhring, Marion
Müller-Butzkamm, Gisa

WGW

Haveloh, Hermann Josef
Frankemölle, Norbert

FDP

Gottheil, Christiane
Schultewolter, Marco

WLA

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Hammwöhner, Thomas

Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

Verwaltung

Leuker, Werner

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 23.03.2021
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Überörtliche Prüfung der Stadt Ahaus durch die Gemeindeprüfungsanstalt für die Jahre 2014 - 2018;
Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Böckelühr, Herrn Hungermann und Herrn Boxleitner von der gpaNRW
- 4 Zuschuss der Stadt Ahaus für Lastenräder, Elektro-Lastenräder und Fahrrad-Lastenanhänger
- 5 Umsetzung Sportstättenentwicklung,
hier: Neubau der Sportstätte des 1. FC Oldenburg
- 6 Radwegekonzept
- 7 Einführung eines Umwelt- und Klimastempels in Beschlussvorlagen
- 8 Zuschuss für Balkonsolarmodulen
- 9 Bauleitplanung
- 9.1 Umgestaltung der Wüllener Straße/Königstraße zwischen Kulturquadrat und Marienplatz;
Beschluss über die Auslobung eines Planungswettbewerbs
- 9.2 Neuordnung des Dorfplatzes in Alstätte;
Beschluss über die Einrichtung und Zusammensetzung eines verfahrensbegleitenden Arbeitskreises
- 10 Barrierefreiheit auf öffentlichen Verkehrsflächen
- 11 Endausbau der Straße Witte Brook und Anbindung Andreasstraße
- 12 Endausbau Fossilienweg
- 13 Anträge der Fraktionen
- 13.1 Beitritt der Stadt Ahaus zur „Blue Community Initiative“;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2021

- 13.2 Vegetarisches/Veganes Catering bei städtischen Veranstaltungen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2021
- 13.3 Digitale Übertragung von Eheschließungen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021
- 14 Fragen der Ratsmitglieder
- 15 Mitteilungen der Verwaltung / Sachstand Fraktionsanträge

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 23.03.2021

Ratsherr Verweyen (CDU-Fraktion) sagt, dass er sich in der Sitzung zu TOP 12.2 (Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 18 - Nahversorgungsstandort Fuistingstraße/Graeser Straße - Abschnitt 1; Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss) für befangen erklärt habe. Dies müsse entsprechend aufgenommen werden.

Die Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 23.03.2021 wird anerkannt.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohner/innenfragen vor.

3 Überörtliche Prüfung der Stadt Ahaus durch die Gemeindeprüfungsanstalt für die Jahre 2014 - 2018; Vorstellung der Ergebnisse durch Herrn Böckelühr, Herrn Hungermann und Herrn Boxleitner von der gpaNRW V/2021/0140

Bürgermeisterin Voß begrüßt von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW Herrn Böckelühr (Präsident), Herrn Hungermann, den Leiter der überörtlichen Prüfung in Ahaus, sowie Herrn Boxleitner, der sich bei der Prüfung insbesondere dem Bereich der Finanzen gewidmet habe.

Herr Böckelühr bedankt sich dafür, die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung in komprimierter Form im Rat vorstellen zu dürfen. Er fasst dabei die finanzielle Situation als äußerst solide zusammen, die auch in Krisenzeiten ein sicheres Polster darstelle.

Im Weiteren erläutern Herr Hungermann und Herr Boxleitner die Prüfungsschritte und -ergebnisse in den Bereichen Finanzen, Hilfe zur Erziehung, Bauaufsicht und Vergabewesen.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass das weitere Verfahren nun vorsehe, dass die Feststellungen und Empfehlungen des Prüfungsberichts sowie die Stellungnahme der Verwaltung in der folgenden Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 29.04.2021 beraten würden. In der Ratssitzung Ende Mai würde der Rat über die Ergebnisse informiert. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt sei im Nachgang auch der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Der Rat nimmt den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

4 Zuschuss der Stadt Ahaus für Lastenräder, Elektro-Lastenräder und Fahrrad-Lastenanhänger V/2021/0139

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) macht deutlich, dass es der Fraktion wichtig sei, dass diejenigen die Förderung erhielten, die sie auch tatsächlich gebrauchten. Gefördert werden sollten die, die sich ansonsten einen Wechsel zum Lastenrad hin nicht leisten könnten. Hier sehe man den Ansatz, Familien mit Kinder zu fördern. Er schlage daher vor, die Förderkriterien dahingehend zu ändern, dass antragsberechtigt Inhaber eines Familienpasses seien, dass es kein sog. „Windhundverfahren“ bei der Vergabe gebe, sondern eine Stichtagsregelung, bis wann die Förderanträge gesammelt würden. Außerdem solle diese Förderung nachhaltig sein, das heiße nach einem Jahr solle kontrolliert werden, ob das Rad noch im Besitz der Familie sei.

Fraktionsvorsitzender Kersting (UWG-Fraktion) empfindet das angedachte Fördervolumen von 10.000 Euro als zu gering, denn damit könnten maximal zehn Elektro-Lastenräder gefördert werden. Der Vorschlag seiner Fraktion gehe dahin, den Ansatz auf 20.000 Euro zu verdoppeln.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner stellt klar, dass das Thema Förderung von Lastenrädern ein Experiment für die Stadt sei, denn man könne aktuell nicht absehen, wie viele Interessenten es gebe. Er biete an, engmaschig Informationen an die Politik über Anträge und Fördersummen zu geben, so dass bei vielen Anträgen, auch hinsichtlich des Fördervolumens nachgesteuert werden könne.

Fraktionsvorsitzende Gottheil (FDP-Fraktion) möchte die Förderung nicht an den Besitz eines Familienpasses knüpfen. Ihr sei wichtig, dass es jeder Privatperson möglich sein müsse, einen Förderantrag zu stellen.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) schlägt vor zu prüfen, ob Antragsteller auch andere Fördertöpfe anzapfen könnten. Hier denke er insbesondere an Kindertagesstätten und Schulen. Seiner Meinung nach sollte die Verwaltung die Förderrichtlinien entsprechend den Vorschlägen der CDU-Fraktion anpassen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner ergänzt, dass eingetragene Vereine förderberechtigt seien, Schulen und Kitas hingegen aktuell nicht.

Ratsfrau Müller-Butzkamm (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) weist daraufhin, dass Käufergemeinschaften nicht ausgeschlossen werden sollten, denn eine gemeinsame Anschaffung

von beispielsweise Nachbarn, die sich mit mehreren Familien ein Rad teilen wollten, sei besonders nachhaltig.

Bürgermeisterin Voß fasst schließlich zusammen, dass der Beschlussvorschlag dahingehend abgeändert werde, dass Familien mit Familienpass als vorrangig berechtigt in der Förderrichtlinie aufgenommen würden. Die Vergabe der Fördersummen erfolge nicht im „Windhundverfahren“, das heiße die zuerst eingehenden Anträge würden zuerst bewilligt, sondern mit Fristsetzung. Darüber hinaus werde in der Förderrichtlinie der Passus aufgenommen, dass das geförderte Lastenrad auf Verlangen der Verwaltung vorgezeigt werden müsse.

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt die Gewährung eines Zuschuss für Privatpersonen in Höhe von 30 % der Anschaffungskosten beim Erwerb eines Lastenrads, eines Elektro-Lastenrades bzw. eines Fahrrad-Lastenanhängers entsprechend der Förderrichtlinie in Anlage 01.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

**5 Umsetzung Sportstättenentwicklung,
hier: Neubau der Sportstätte des 1. FC Oldenburg**

V/2021/0135

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Schule und Sport und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen den Neubau des Hauptplatzes des 1. FC Oldenburg und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe der Ingenieurleistungen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

6 Radwegekonzept

V/2021/0132

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt die Ausführungen zum Arbeitsstand des Radwegekonzeptes zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt erste Baumaßnahmen zur Umsetzung eines qualifizierten Radwegnetzes in Form von Velorouten und Hauptrouten umzusetzen.

Die Baumaßnahmen sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen zu beraten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Als weiteres Beteiligungsformat ist zunächst im Mai im Rahmen des Klimaschutzmonats ein weiterer Online-Dialog vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

7 Einführung eines Umwelt- und Klimastempels in Beschlussvorlagen V/2021/0138

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass die Verwaltung einen Handlungsleitfaden erarbeitet habe. Die Verwaltung werde eine Einschätzung zu Auswirkungen auf den Natur- und Klimaschutz in den Beratungsvorlagen abgeben. Allerdings sei es ihr wichtig, den Verwaltungsaufwand hierfür in Maßen zu halten. Es handle sich lediglich um Einschätzungen und nicht um ausführliche Stellungnahmen.

Ratsherr Schultewolter (FDP-Fraktion) appelliert an die Mitglieder des Rates, den Fokus in künftigen Diskussionen auf das Gesamtthema Nachhaltigkeit zu legen und nicht nur die komprimierte Aussage des Klimastempels zu bewerten.

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) sagt, dass er froh sei, dass nun die Umsetzung des lang geforderten Fraktionsvorschlags anstehe. Der Handlungsleitfaden sei als Arbeitspapier zu verstehen, mit dem man nun starte, der aber durchaus noch durch die Erfahrungen der nächsten Zeit Anpassung finden könne.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt die Einführung eines Klima- und Umweltstempels in Beschlussvorlagen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

8 Zuschuss für Balkonsolarmodulen V/2021/0142

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt einen einmaligen Zuschuss von 50% bis max. 200 € der Kosten für die Inbetriebnahme eines Balkonsolarmoduls für selbstgenutzte Wohnungen entsprechend der Förderrichtlinie in Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
40 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

9 Bauleitplanung

9.1 Umgestaltung der Wüllener Straße/Königstraße zwischen Kulturquadrat und Marienplatz; Beschluss über die Auslobung eines Planungswettbewerbs V/2021/0129

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen die Auslobung eines Planungswettbewerbs zur Umgestaltung des Straßenzugs Wüllener Straße/Königstraße zwischen Kulturquadrat und Marienplatz. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslobung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

9.2 Neuordnung des Dorfplatzes in Alstätte; Beschluss über die Einrichtung und Zusammensetzung eines verfahrensbegleitenden Arbeitskreises V/2016/0634/6

Bürgermeisterin Voß fragt bei den Fraktionen die Mitglieder ab, die künftig im verfahrensbegleitenden Arbeitskreis aus den Reihen der Politik vertreten sein werden.

Folgende Vertreter/innen werden benannt:

CDU-Fraktion: Michaela Blickmann

UWG-Fraktion: Christoph Ibing

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Robert Kyek
SPD-Fraktion: Andreas Feldmann
FDP-Fraktion: Manfred Wigger
WGW-Fraktion: Hermann-Josef Haveloh
WLA: Carsten Heidkamp

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen:

Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Dorfplatzes in Alstätte wird ein verfahrensbegleitender Arbeitskreis eingerichtet. Der Arbeitskreis setzt sich wie folgt zusammen:

- die Bürgermeisterin
- der Ortsvorsteher
- der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
- jeweils ein Vertreter der im Rat vertretenen Parteien und politischen Gruppierungen
- der Vorsitzende des Gewerbevereins Alstätte e. V.
- der Vorsitzende des Heimatvereins Alstätte e. V.
- der Vorsitzende der Allgemeinen Bürger-Schützen-Gesellschaft Alstätte-Dorf e.V.
- die im künftigen räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 67 – Ortskern Alstätte – Abschnitt 3 belegenen Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten
- der Technische Beigeordnete
- der Leiter des Fachbereichs Stadtplanung
- weitere Mitarbeiter der Verwaltung auf Einladung des Technischen Beigeordneten

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

10 Barrierefreiheit auf öffentlichen Verkehrsflächen

V/2021/0137

Ratsherr Niestegge (UWG-Antrag) weist auf einen damaligen Antrag der Fraktion aus dem Jahr 2017 hin. Damals sei im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Senioren und Menschen mit Behinderung ein Statusbericht gefordert worden. Die nun angedachten Maßnahmen würden sehr begrüßt, allerdings frage man sich, ob der unter c) aufgeführte Ansatz, größere Fugen auf Pflasterflächen mit Mörtel aufzufüllen, ausreiche, um ihn für Menschen mit Rollstühlen oder Gehhilfen passierbar zu machen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner antwortet, dass Betroffene beteiligt werden sollen. Dies betreffe unter anderem auch den Sümmermannplatz. Hier sei es nicht ganz einfach einen Kompromiss zwischen Denkmalschutz und Barrierefreiheit zu erzielen.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit auf öffentlichen Verkehrsflächen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

11 Endausbau der Straße Witte Brook und Anbindung Andreasstraße

V/2021/0131

Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) weist daraufhin, dass in dem Straßenbereich einige Anwohner bereits einen zweiten Parkplatz auf ihren Grundstücken angelegt hätten. Er fragt nach, ob es nicht sinnvoll sei, den Bordstein durchgehend so weit abzusenken, dass er mit einem PKW gut überfahrbar sei.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner erläutert, dass vorgesehen sei, dass der Bordstein lediglich 5 cm hoch als überfahrbarer Rand angelegt werde.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen die Ausbauplanung „Witte Brook mit Anbindung an die Andreasstraße“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

12 Endausbau Fossilienweg

V/2021/0133

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen die Ausbauplanung für den Fossilienweg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

13 Anträge der Fraktionen

**13.1 Beitritt der Stadt Ahaus zur „Blue Community Initiative“;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2021**

A/2021/0066

Ratsfrau Müller-Butzkamm (Bündnis 90/ Die Grünen) erläutert den Beitritt zur Blue Community als eine Selbstverpflichtung der Kommunen, die die Anerkennung von Wasser als ein Menschenrecht, die zur Verfügungstellung von Wasser aus öffentlicher Hand, das Konsumieren von Leitungswasser und die Pflege von Partnerschaften mit internationalen Partnern als Ziele verfolge. Mit dem Beitritt erkenne eine Kommune diese Ziele an und mache einen eigenen Plan zur Verwirklichung. Der Beitritt zur Blue Community sei kostenlos.

Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) bestätigt, dass Wasser ein kostbares Gut sei. Er bewerte den Umgang damit in Ahaus als gut und sehe keinen Handlungsbedarf.

Ratsherr Schultewolter (FDP-Fraktion) weist daraufhin, dass lediglich auf der Website der Community eine Privatperson als Betreiber zu finden und nicht erkennbar sei, ob eine Institution dahinter stehe. Ein Beitritt komme aus seiner Sicht ausschließlich dann in Frage, wenn alle vier Ziele zu 100 % unterstützt und für sinnvoll erachtet würden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) ergänzt, dass bei der Recherche zum Thema viele Fragen offen geblieben seien. Das Bekenntnis, dass Wasser in unserer Stadt ein zentrales Gut sei, könne man sich natürlich anschließen, dafür bedürfe es aber keiner Community.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) zeigt am Beispiel der Fairtrade-Stadt Ahaus auf, dass die Stadt sich schon in anderen Bereichen zu Themen bekannt habe. Es sei eine freiwillige Leistung und man könne ein deutliches Signal setzen. Dies veranschauliche auch nach außen, dass man den ökologischen Fußabdruck kleiner machen

wolle. Die Blue Community sei noch im Aufbau, man könne als eine der ersten Kommunen Farbe bekennen.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) merkt an, dass man sich letztlich vielen Initiativen anschließen könne. In diesem Fall werde es aber einen Grund haben, dass bislang nur wenige Städte beigetreten seien.

Bürgermeisterin Voß hält zum Ende der Diskussion fest, dass sie bei dieser Thematik das Handeln vor Ort für wichtiger und besser halte, als sich einem Label anzuschließen.

Der Rat der Stadt Ahaus versteht Wasser als öffentliches Gut, unterstützt die Umsetzung der Menschenrechte auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung, geht schonend mit seinen Wasserressourcen um und wird Mitglied der Blue Community Initiative Deutschland.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
38 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

13.2 Vegetarisches/Veganes Catering bei städtischen Veranstaltungen; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.04.2021

A/2021/0065

Ratsherr Eing (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) erläutert den Antrag der Fraktion. Es gehe beim Antrag nicht darum, bei Festen in der Stadt rein vegetarisches oder veganes Essen anzubieten. Vielmehr verfolge der Antrag das Ziel, auf städtischen Veranstaltungen, bei denen kostenloses Catering gereicht werde, ein vegetarisches oder veganes Angebot zu schaffen. So seien beispielsweise bei einer der letzten Ratssitzungen, belegte Brötchenhälften bestellt worden, es habe aber keine vegane Alternative gegeben. Gerade das Umdenken hin zu fleischloser Ernährung stelle einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des 2-Grad-Ziels dar. Hier könne der Rat einen Vorbildcharakter übernehmen.

Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) erwidert, dass es aus seiner Sicht keinen Anlass dazu gebe, dass die Stadtverwaltung in diesem Punkt Bevormundung gegenüber den Gästen oder Bürgern der Stadt betreiben solle.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) lenkt den Blick auf die im Antrag aufgeführten Zahlen, denn dieses seien, wie heute in der Münsterland-Zeitung durch den landwirtschaftlichen Ortsverband aufgeklärt, vollkommen unrichtig wiedergegeben worden. Auch er sehe es nicht als Aufgabe des Rates an, hier Vorgaben zu machen.

Ratsherr Schultewolter (FDP-Fraktion) erklärt, dass man beispielsweise über den Aspekt Regionalität hätte diskutieren können. Ein klares Fleischverbot gehe aus seiner Sicht zu weit.

Nach weiterer Diskussion beantragt Ratsherr Blisniewski (CDU-Fraktion) die Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) erwidert, dass noch nicht alle Punkte ausreichend beleuchtet worden seien, so dass an dieser Stelle die Diskussion nicht abgewürgt werden sollte.

Bürgermeisterin lässt über das Ende der Debatte abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

37 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Danach lässt Bürgermeisterin Voß über den Antrag abstimmen.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) stellt klar, dass er es für beschämend und traurig halte, dass die zuvor geführte Diskussion in einem solchen Stil geführt worden sei. Heute seien Fleischesser und Vegetarier privilegiert worden, Veganer seien ausgeschlossen worden. Das entspreche einer Stigmatisierung.

Der Rat der Stadt Ahaus weist die Verwaltung an, für zukünftige städtische Veranstaltungen ein saisonal und regional rein vegetarisch/veganes Catering anzubieten. Je nach regionalen Verfügbarkeiten sollen außerdem mindestens 25% der Zutaten nach Biostandard (EG-Öko-Verordnung) produziert werden.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
38 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

13.3 Digitale Übertragung von Eheschließungen;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021

A/2021/0064

Ratsfrau Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) erläutert den Antrag der Fraktion. Mit dem Antrag solle den Brautpaaren die Möglichkeit gegeben werden, die Trauung auf digitalem Wege übertragen zu lassen. Dies sei als Serviceangebot zu verstehen.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass es schon heute den Brautleuten erlaubt sei, Videoaufnahmen und Livestreaming in Eigenregie zu organisieren. Sie wolle nicht, dass an dieser Stelle zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung und letztlich dann höhere Kosten für die Brautpaare entstünden. In Münster würden beispielsweise lediglich Bilder einer Webcam, die sich alle fünf Sekunden aktualisierten, ohne Ton übertragen. Eine Videoübertragung hier und auch in den größeren Städten des Kreises Borken gebe es derzeit nicht. Auch zu bedenken sei, dass es in Ahaus ja mehrere Trauorte gebe, an denen dann die Ausstattung vorhanden sein müsse. Daher sei es ihr Vorschlag, weiterhin das Angebot des Livestreamings in Eigenregie zu machen, allerdings als Verwaltung darüber hinaus nicht tätig zu werden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) entgegnet, dass die Stadt schon die Infrastruktur bieten sollte, da es kein großer Aufwand sei, eine Webcam zu installieren. Als digitaler Vorreiter sollte die Stadt Ahaus hier ein entsprechendes Angebot vorhalten.

Fraktionsvorsitzender Kersting (UWG-Fraktion) stellt klar, dass bei vorhandenem und frei zugänglichen WLAN es den Brautleuten möglich sein dürfte, eine Übertragung selbst zu organisieren, so dass auch rechtliche Fragestellungen, zum Beispiel zum Datenschutz, nicht in der Hand der Verwaltung lägen.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) hält fest, dass es ausreichend sei, wenn das Livestreaming nur an einzelnen Orten, beispielsweise in der Villa van

Delden und dem Schloss, installiert würde. Man könne ja auch über eine mobile Einrichtung nachdenken. Er beantragt den Schluss der Debatte.

Bürgermeisterin Voß macht noch einmal deutlich, dass es nicht die Aufgabe der Stadt sein könne, ein solches Angebot zu schaffen, wenn es derzeit schon sehr gut, sofern gewünscht, von den Familien selber organisiert werde. Unter dem Begriff Smart City oder Digitalstadt verstehe sie ein anderes Aufgabenspektrum.

Bürgermeisterin Voß lässt dann über den Antrag auf Ende der Debatte abstimmen. Mit drei Gegenstimmen spricht sich der Rat hierfür aus.

Im Anschluss lässt Bürgermeisterin Voß über den Antrag beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die Möglichkeit einer digitalen Übertragung von Eheschließungen vorzubereiten und dem Rat ggf. eine entsprechende Gebührenklausel vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

31	Ja-Stimmen
9	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

14 Fragen der Ratsmitglieder

- Ratsfrau Woltering (CDU-Fraktion) zu einem Unfall im Bereich der Straße Kottland, bei dem ein Kind verletzt worden sei

Erster Beigeordneter Althoff schlägt vor, an dieser Stelle ein Geschwindigkeitsmessgerät aufzustellen, um den PKW-Fahrerinnen und Fahrern anzuzeigen, ob das Tempo eingehalten werde.

- Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) erkundigt sich, ob diese Geschwindigkeitstafeln auch im Nachgang digital auswertbar seien

Erster Beigeordneter Althoff antwortet, dass diese Möglichkeit bestehe. So ließe sich beispielsweise die Art der Fahrzeuge und die Durchschnittsgeschwindigkeit ermitteln.

- Ratsherr Benölken (CDU-Fraktion) zum Umlegungsverfahren Wessum/ Ottenstein

Bürgermeisterin Voß entgegnet, dass es hier keinen neuen Verfahrensstand gebe. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen werde hierüber berichtet.

- Ratsherr Niestegge (UWG-Fraktion) zur Bekanntmachung des Bebauungsplans Wülten Nord II

Technischer Beigeordneter Hammwöhne antwortet, dass dies in der letzten Woche erfolgt sei. Die Offenlage beginne morgen.

- Ratsherr Kaiser (CDU-Fraktion) zur Geschwindigkeitskontrolle auf der Eichenallee

Erster Beigeordneter Althoff führt aus, dass es sich bei der Eichenallee um eine Kreisstraße handle und die Stadt Ahaus selber die Daten der Geschwindigkeitskontrolle nicht auswerten könnten. Für Geschwindigkeitskontrollen seien hier die Polizei oder der Kreis Borken zuständig. Hinweisschilder mit sog. Smileys könnten ebenfalls nur an städtischen Straßen angebracht werden. Ob solche Tafeln mit lediglich hinweisendem Charakter dennoch von hier an der Eichenallee angebracht werden könnten, werde er mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung besprechen.

- Ratsherr Kappelhoff (CDU-Fraktion) zum Stand der aktuellen Gewerbesteuererträgen

Erster Beigeordneter Althoff informiert, dass sich die Gewerbesteuererträge derzeit planmäßig entwickelten.

- Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) zur Webcam am Rathausplatz

Bürgermeisterin Voß sagt hier eine Rückmeldung zu.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Kamera gehört der Stadt und funktioniert auch. Allerdings wird das Bild nicht ans Internet übertragen. Der Fehler wird derzeit behoben. In der Zwischenzeit ist die Webcam auf der Homepage der Stadt Ahaus ausgeblendet.

15 Mitteilungen der Verwaltung / Sachstand Fraktionsanträge

Bürgermeisterin Voß führt aus, dass die Stadt Ahaus einen Bewilligungsbescheid im Rahmen des „Sofortprogramms zur Stärkung der Innenstädte und Zentren“ für die Leerstände erhalten habe. Nun werde ein weiterer Antrag bis Ende des Monats für einen Zentrenmanager gestellt. Hier könne eine Förderung von 90 % bei einer Fördersumme von 100.00,00 Euro generiert werden.

gez. Karola Voß
Vorsitzende/r

gez. Doris Zevenbergen
Schriftführer/in